

## Kontrolle in der Altenpflege

Süddeutsche Zeitung Ausgabe Bayern vom 22.06.2017

**Süddeutsche Zeitung**  
MÜNCHEN · NEUSTE SACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Autor: DIETRICH MITTLER  
Seite: 41  
Ressort: Bayern

Ausgabe: Süddeutsche Zeitung Ausgabe Bayern  
Reichweite: 0,65 (in Mio.)

# Aufnahmestopp für Seniorenheim Gleusdorf

**München** – Die im Landkreis Haßberge gelegene Seniorenresidenz „Schloss Gleusdorf“ ist nach Recherchen der *Süddeutschen Zeitung* derzeit mit einem Aufnahmestopp belegt – das heißt, sie darf bis zur Aufhebung dieser Anordnung keine weiteren Bewohner aufnehmen. Eine Sprecherin des Gesundheits- und Pflegeministeriums bestätigte am Mittwoch den Sachverhalt. Sie betonte aber zugleich, der gegenwärtige Aufnahmestopp stehe in keinerlei Zusammenhang mit den derzeit laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Der Tatvorwurf lautet auf vorsätzliche Körperverletzung sowie auf Misshandlung von Schutzbefohlenen. Der derzeitige Aufnahmestopp wurde indessen verhängt, weil das Heim offenbar die Vorgaben bezüglich des notwendigen Personalschlüssels nicht erfüllt. Die Verwaltung der Seniorenresidenz

reagierte, wie bereits bei früheren SZ-Anfragen, unmissverständlich und dezidiert: „Über Interna werden wir keine Auskunft geben. Ich erzähle Ihnen doch nichts über meinen Personalschlüssel – ich bin doch nicht bescheuert!“

Pflegeministerin Melanie Huml (CSU) betonte unterdessen, ihr sei es „sehr wichtig“, dass die Pflege und Betreuung auch in der Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf „angemessen gewährleistet wird“. In diesem Sinne habe sie nach Bekanntwerden der Vorwürfe – die Staatsanwaltschaft ermittelte anfangs sogar wegen eines ungeklärten Todesfalls – angeordnet, dass die Heimaufsicht des Kreises Haßberge die Einrichtung „engmaschig“ begleiten solle. Dies geschieht wie angeordnet. Am Dienstag erst hatte eine Beamtin des Ministeriums im Gesundheitsausschuss des Landtags berichtet, inzwischen hät-

ten mehr als zehn Besuche in der Einrichtung stattgefunden – mit dem Ziel der Beratung zu Themen wie „Fachkraftquote und Personalausstattung“. Auch sei das Pflegeministerium dabei, eine Gesetzesänderung vorzubereiten, damit die Heimaufsicht künftig bei Krisenfällen eher durchgreifen kann.

Die SPD-Fraktion im Landtag will nun als Reaktion auf den Fall Gleusdorf einen Antrag einbringen. **Ruth Waldmann**, die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, sagte: „Bei Missständen in der Pflege brauchen wir einen Schutz von Whistleblowern.“ Bislang nämlich schwiegen viele Pflegekräfte auch bei schweren Missständen. Vor allem, weil sie um ihren Arbeitsplatz bangten.

**DIETRICH MITTLER**

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

# Fachaufsicht in Altenheimen soll strenger werden

Landtag 2016 starben mehrere Bewohner einer Seniorenresidenz. Der Fall zeigt, dass das System Verbesserungsbedarf hat - findet nicht nur die zuständige Ministerin.

München. Nach den ungeklärten Todesfällen in einem unterfränkischen Altenheim sollen die Fachaufsichten für Pflegeeinrichtungen bei Mängeln schneller und strenger eingreifen. "Der Vorschlag für eine entsprechende Gesetzesänderung wird derzeit vom bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerium erarbeitet", sagte Ministerin Melanie Huml (CSU) gestern in München. Nach Angaben des Ministeriums soll die Novelle bis zum Anfang der kommenden Legislaturperiode Ende 2018 abgeschlossen sein.

Die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen - Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) - haben bislang meist nur eine beratende Funktion, auch wenn wiederholt Mängel festgestellt wurden. "Hier wäre es denkbar, im Gesetzestext festzuschreiben, dass eine Beratung bei erstmaliger Feststellung des Mangels erfolgt, aber bei wiederholter Feststellung eine Anordnung erfolgen muss - und nicht wie jetzt erfolgen kann", sagte Huml. Im derzeit gültigen Gesetz sei es alleine der FQA überlassen, wann sie eine Anordnung bei Feststellung eines Mangels erlasse.

In der Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf im Landkreis Haßberge in Unterfranken waren vor rund einem Jahr fünf Bewohner unter dubiosen Umständen gestorben. Seither wird ermittelt, ob Misshandlungen oder schlechte Versorgung ursächlich waren.

Die zuständige Ministeriumsvertreterin Swantje Reiserer räumte im Gesundheitsausschuss des Landtags ein, dass in der Residenz bei verschiedenen Kontrollen in der Vergangenheit zwar wiederholt Mängel festgestellt worden seien, aber "nie in dem Maße, wie sie nun zur Diskussion stehen". Alle Kontrollen hätten gezeigt, dass die Betreuung der Bewohner gewährleistet gewesen sei.

"Die Vorwürfe gegen die Seniorenresidenz wiegen schwer", sagte **Ruth Waldmann** (SPD). Es sei unwahrscheinlich, dass die gravierenden Mängel überraschend aufgetaucht seien. Zur Prävention brauche es daher eine Kultur des Hinschauens - sowohl unter den Angehörigen als auch den Mitarbeitern. Dem schloss sich auch Steffen Vogel (CSU) an: "Keine Kontrolle gibt 100-prozentige Sicherheit."

rechtliche Handhabe bekommen muss", sagte dagegen Ulrich Leiner (Grüne). Seine Parteifreundin Kerstin Celina betonte, dass der Mangel an Fachkräften und deren Überarbeitung Grund für solche Umstände seien: "Deshalb brauchen wir mehr Personal." Im Extremfall müsse die Behörde auch die Schließung einer Einrichtung durchsetzen können. "Die bisherigen Kontrollsysteme sind der falsche Ansatz", so Peter Bauer (Freie Wähler).

Ministerin Huml betonte: "Mein Ziel ist, möglichst frühzeitig Informationen über schwerwiegende Vorwürfe gegenüber Pflegeheimen zu bekommen. Deshalb wird der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und auch mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) verbessert." Ferner werde geprüft, ob stationäre Einrichtungen künftig eine Betriebserlaubnis brauchen. Schon vor deren Inbetriebnahme würden damit bestimmte Anforderungen und Qualitätskriterien festgelegt, die bei einem Erlaubnisverfahren geprüft werden könnten. (dpa)

## Mangel an Fachkräften als Ursache

"Ich glaube schon, dass die FQA mehr

## Fünf Bewohner in Gleusdorf starben

Abbildung: Ministerin Melanie Huml Foto: dpa

Abbildung: Experten fordern in Seniorenheimen eine Kultur des Hinschauens - bei Angehörigen wie bei Mitarbeitern. Foto: dpa

# Mehr Aufsicht nach Todesfällen in Altenheim

Vorschlag für Gesetzesänderung ist bereits in Arbeit – Ermittlungen in Franken dauern an

München. (dpa) Nach den ungeklärten Todesfällen in einem unterfränkischen Altenheim sollen die Fachaufsichten für Pflegeeinrichtungen bei Mängeln schneller und strenger eingreifen. „Der Vorschlag für eine entsprechende Gesetzesänderung wird derzeit vom bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerium erarbeitet“, sagte Ministerin Melanie Huml (CSU) am Dienstag in München. Nach Angaben des Ministeriums soll die Novelle bis zum Anfang der kommenden Legislaturperiode Ende 2018 abgeschlossen sein.

Die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) – haben bislang meist nur eine beratende Funktion, auch wenn wiederholt Mängel festgestellt wurden. „Hier wäre es denkbar, im Gesetzestext festzuschreiben, dass eine Beratung bei erstmaliger Feststellung des Mangels erfolgt, aber bei wiederholter Feststellung eine Anordnung erfolgen muss – und nicht wie jetzt erfolgen kann“, sagte Ministerin Huml. Im derzeit gültigen Gesetz sei es alleine der FQA überlassen, wann sie eine Anordnung bei Feststellung eines Mangels erlasse.

In der „Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf“ im Landkreis Haßberge in Unterfranken waren vor rund einem Jahr fünf Bewohner unter dubiosen Umständen gestorben. Seither wird ermittelt, ob Misshandlungen oder eine schlechte Versorgung ursächlich waren.

## Kultur des Hinschauens soll der Prävention dienen

Die zuständige Ministeriumsvertreterin Swantje Reiserer räumte im Gesundheitsausschuss des Landtags ein, dass in der Residenz bei verschiedenen Kontrollen in der Vergangenheit zwar wieder-

holt Mängel festgestellt worden seien, aber „nie in dem Maße, wie sie nun zur Diskussion stehen“. Alle Kontrollen hätten gezeigt, dass die Betreuung der Bewohner gewährleistet gewesen sei. „Die Vorwürfe gegen die Seniorenresidenz wiegen schwer“, sagte **Ruth Waldmann** (SPD). Es sei unwahrscheinlich, dass die gravierenden Mängel überraschend aufgetaucht seien. Zur Prävention brauche es daher eine Kultur des Hinschauens – sowohl unter den Angehörigen als auch den Mitarbeitern. Dem schloss sich auch Steffen Vogel (CSU) an: „Keine Kontrolle gibt 100-prozentige Sicherheit.“

„Ich glaube schon, dass die FQA mehr rechtliche Handhabe bekommen muss“, sagte dagegen Ulrich Leiner (Grüne). Seine Parteifreundin Kerstin Celina betonte zudem, dass der Mangel an Fachkräften und deren Überarbeitung Grund für solche Umstände seien: „Deshalb brauchen wir mehr Personal.“ Im Extremfall müsse die Behörde auch die Schließung einer Einrichtung durchsetzen können. „Die bisherigen Kontrollsysteme sind der falsche Ansatz“, betonte Peter Bauer (Freie Wähler).

## Bisheriger Pflege-TÜV reicht laut Huml nicht aus

Ministerin Huml betonte: „Mein Ziel ist zudem, möglichst frühzeitig Informationen über schwerwiegende Vorwürfe gegenüber Pflegeheimen zu bekommen. Deshalb wird der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und auch mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) verbessert.“ Ferner werde geprüft, ob stationäre Einrichtungen künftig eine Betriebserlaubnis brauchen. Schon vor deren Inbetriebnahme würden damit bestimmte Anforderungen und Qualitätskriterien festgelegt, die bei einem Erlaubnisverfahren geprüft werden könnten.

In der Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf habe es nach Bekanntwerden der Vorwürfe zahlreiche unangekündigte Beratungstermine und Prüfungen der FQA gegeben. „Dies geschieht weiter“, sagte Ministerin Huml. Der Fall zeige aber auch, dass der bisherige Pflege-TÜV nicht ausreiche. „Dieser garantiert nur eine scheinbare Objektivität und Vergleichbarkeit, da schlechte Noten in wichtigen pflegerischen Kategorien durch gute Noten in weniger wichtigen Bereichen ausgeglichen werden können.“

### Abbildung:

Stein des Anstoßes: In der Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf in Untermerzbach in Unterfranken sind vor rund einem Jahr fünf Bewohner unter ungeklärten Umständen gestorben. (Foto: dpa)

### Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung

Autor: DIETRICH MITTLER  
Seite: 34  
Ressort: Bayern

Ausgabe: Süddeutsche Zeitung Ausgabe Bayern  
Reichweite: 0,65 (in Mio.)

## Abgeordnete rätseln über Gleusdorf

Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit Monaten wegen angeblicher Misshandlungen im Seniorenheim. Im Landtag hofft der Gesundheitsausschuss auf ein baldiges Ergebnis, um Konsequenzen ziehen zu können

### VON DIETRICH MITTLER

**München** – Dunkel wie Gewitterwolken schweben über der Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf im Kreis Haßberge die Vorwürfe, die im Herbst von ehemals dort beschäftigten Pflegekräften erhoben wurden: Hilflose Heimbewohner seien misshandelt, mit Medikamenten ruhig gestellt worden. Sogar von Todesfällen – letztlich zurückzuführen auf unterlassene Hilfeleistung – war die Rede. Einer dieser Todesfälle erschien der Staatsanwaltschaft tatsächlich von strafrechtlicher Relevanz. Zwei Führungskräfte der Einrichtung wurden in Untersuchungshaft genommen – später dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt, weil sich der Verdacht auf versuchten Totschlag nicht erhärten ließ. Indes, die Staatsanwaltschaft Bamberg ermittelt weiter. Ginge es nach dem am Dienstag zum Ausdruck gebrachten Willen aller Abgeordneten im Gesundheitsausschuss, so sollten die Ermittlungen „so rasch wie möglich abgeschlossen werden“.

„Das Ermittlungsverfahren zieht sich schon sehr lange hin. Es wäre hilfreich, wenn es schneller ginge“, sagte etwa der CSU-Abgeordnete Steffen Vogel. Und er ertete dafür Zustimmung. Jedoch, die Abgeordneten werden sich gedulden müssen. „Wir rechnen nicht vor Herbst mit einem Verfahrensabschluss“, sagte der Bamberger Oberstaatsanwalt Matthias Bachmann der SZ. Ein Grund dafür: Der Staatsanwaltschaft liege zum Beispiel noch nicht der Schlussbericht der Polizei vor. Der Tatvorwurf lautet auf vorsätzliche Körperverletzung sowie die Misshandlung von Schutzbefohlenen. „Im Herbst“, so hob Bachmann hervor, „werden wir entscheiden, in welchen Punkten Anklage erhoben werden kann, beziehungsweise für welchen Teil eine Einstellung erfolgen muss.“ Insbesondere die gesundheits- und pflegepolitischen Experten der SPD-Land-

tagsfraktion wollten aber bereits jetzt Aufklärung darüber, was sich nun wirklich in der Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf ereignet hat. Sie haben also – gedeckt durch einen Beschluss des gesamten Gesundheitsausschusses – einen Bericht angefordert. Abzugeben vom Gesundheits- und Pflegeministerium. Die damit am Dienstag beauftragte Beamtin stellte klar: „Zu den Vorkommnissen bezüglich des Strafermittlungsverfahrens kann ich nichts sagen.“ Doch **Ruth Waldmann**, der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD, geht es eigentlich auch um ganz andere Erkenntnisse. „Wir wollen wissen, ob es im Fall Gleusdorf um das Versagen oder gar das kriminelle Handeln einzelner Personen ging – oder ob da ein Strukturversagen vorlag, wo die Politik nachbessern muss.“ Es gelte also, mögliche Schwachstellen bei Kontrollen aufzudecken. Denn solche haben auch im Fall der Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf im unterfränkischen Untermerzbach stattgefunden. Bei den Kontrollen, das hob auch die Ministeriumsmitarbeiterin in ihrem Bericht hervor, kam zum Beispiel die Heimaufsicht, im Fachterminus „Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht“, kurz FQA, zu dem Ergebnis: „Die Vorwürfe konnten nicht bestätigt werden.“ Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) wiederum hatte kurz nach Bekanntwerden der Vorwürfe gegen die Einrichtung angegeben: „Die veröffentlichten Prüfberichte wiesen jedes Mal auf manifeeste pflegerische Defizite hin.“

Aber auch die vom MDK festgestellten Mängel, so erfuhren die Abgeordneten, seien nicht von einem Ausmaß gewesen, dass sie unbedingt Anlass für einen Heimskandal gegeben hätten. „Die Brisanz, die jetzt im Raum steht, sei durch die Prüfungen „nicht feststellbar“ gewesen. Was freilich fraktionübergreifend

zur Frage führte: Wie kann es zu einer solchen Diskrepanz kommen? Was hätten Heimaufsicht und MDK an Instrumenten gebraucht, um feststellen zu können, dass in dieser Einrichtung womöglich mehr im Argen lag?

**Ruth Waldmann** wollte auch wissen, ob es nach Aufkommen der Vorwürfe eine Kooperation oder wenigstens einen Austausch zwischen den Fachleuten der Heimaufsicht und den Strafermittlern gegeben habe. „Gibt es nicht“, sagte die Ministerialbeamtin. Der Bamberger Oberstaatsanwalt Matthias Bachmann bestätigte dies auf Anfrage der *Süddeutschen Zeitung*: „Unsere Aufgabe ist es festzustellen, ob Straftaten passiert sind. Und immer dann, wenn wir dabei an unsere Grenzen stoßen, wenden wir uns an Sachverständige.“

Aus der Runde der Gesundheitspolitiker kamen eine Reihe von Vorschlägen, wie Missstände in Heimen künftig schneller ans Tageslicht kommen könnten: durch Ombudsleute etwa, wie es Peter Bauer von den Freien Wählern vorschlug. **Ruth Waldmann** forderte „eine stärkere Kultur des Hinschauens – sowohl unter den Pflegekräften als auch unter den Angehörigen der alten Menschen“. Denn eines sei wohl klar: Im Schloss Gleusdorf „scheint schon länger etwas schief gelaufen zu sein“. Die FQA-Mitarbeiter hoffen auf eine künftige Klarstellung im Gesetz, wie lange sie bei Missständen die betroffenen Heimträger beraten müssen und wann sie endlich einschneidende Anordnungen treffen können – etwa einen Aufnahmestopp.

Die Bilanz der Sitzung war am Ende ernüchternd: Eine umfassende Kontrolle gibt es nicht. Zumindest nicht derzeit.

**Ruth Waldmann forderte „eine stärkere Kultur des Hinschauens“**

**Abbildung:** Die Seniorenresidenz Schloß Gleusdorf im unterfränkischen Kreis Haßberge gehört – was die äußere Erscheinung betrifft – wohl zu den anmutigsten Pflegeeinrichtungen im Freistaat. Bezüglich der pflegerischen Qualität stehen aber immer noch schwere Vorwürfe im Raum. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Foto: Matthias Hoch

**Urheberinformation:** DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Abendzeitung München vom 21.06.2017



**Seite:** 15  
**Ressort:** Bayern

**Reichweite:** 0,18 (in Mio.)

## Todesfälle: Strengere Aufsicht für Altersheime

Fünf Bewohner der Seniorenresidenz Gleusdorf sterben auf mysteriöse Weise. Der Fall zeigt, dass das Pflegesystem großen Verbesserungsbedarf hat

Fachaufsichten für Pflegeeinrichtungen sollen bei Mängeln in Seniorenheimen schneller und strenger eingreifen. „Der Vorschlag für eine entsprechende Gesetzesänderung wird derzeit vom bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerium erarbeitet“, sagte Ministerin Melanie Huml (CSU) gestern in München. Diese Konsequenzen zieht die Politik aus den ungeklärten Todesfällen im unterfränkischen Schloss Gleusdorf (AZ berichtete). Nach Angaben des Ministeriums soll die Novelle bis Anfang der kommenden Legislaturperiode Ende 2018 abgeschlossen sein. Die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen, Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) haben bislang meist nur eine beratende Funktion, auch wenn wiederholt Mängel festgestellt wurden. „Hier wäre es denkbar, im Gesetzestext festzuschreiben, dass eine Beratung bei

erstmaliger Feststellung des Mangels erfolgt, aber bei wiederholter Feststellung eine Anordnung erfolgen muss – und nicht wie jetzt erfolgen kann“, sagte Ministerin Huml.

In der Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf waren vor rund einem Jahr fünf Bewohner unter dubiosen Umständen gestorben. Seither wird ermittelt, ob Misshandlungen oder eine schlechte Versorgung ursächlich für die Todesfälle waren.

Die zuständige Ministeriumsvertreterin Swantje Reiserer räumte ein, dass in der Residenz bei verschiedenen Kontrollen in der Vergangenheit zwar wiederholt Mängel festgestellt worden seien, aber „nie in dem Maße, wie sie nun zur Diskussion stehen“. „Die Vorwürfe gegen die Seniorenresidenz wiegen schwer“, sagte **Ruth Waldmann** (SPD). Zur Prävention brauche es daher eine Kultur des

Hinschauens – sowohl unter den Angehörigen als auch den Mitarbeitern.

Ministerin Huml erklärte: „Mein Ziel ist zudem, möglichst frühzeitig Informationen über schwerwiegende Vorwürfe gegenüber Pflegeheimen zu bekommen.“ Ferner werde geprüft, ob stationäre Einrichtungen künftig eine Betriebserlaubnis brauchen. Schon vor der Inbetriebnahme würden so bestimmte Anforderungen und Qualitätskriterien festgelegt.

Der Fall Gleusdorf zeige, dass der bisherige Pflege-TÜV nicht ausreiche. „Dieser garantiert nur eine scheinbare Objektivität und Vergleichbarkeit, da schlechte Noten in wichtigen Kategorien durch gute Noten in weniger wichtigen Bereichen ausgeglichen werden können.“

**Abbildung:** Der Eingang zur Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf.  
**Urheberinformation:** Alle Rechte vorbehalten - Abendzeitung München Verlags-GmbH

Autor: Ralf Müller/dpa  
Seite: 16  
Ressort: Bayern  
Weblink: [www.nordbayern.de](http://www.nordbayern.de)

Ausgabe: Hauptausgabe  
Reichweite: 0,08 (in Mio.)

Pflegeskandal in fränkischer Seniorenresidenz

## Viel kontrolliert, wenig gefunden

Vor einem Jahr starben auf ungeklärte Weise mehrere Bewohner einer Seniorenresidenz in Unterfranken. Während die Ermittlungen noch laufen, hat das bayerische Gesundheitsministerium gestern einen Bericht vorgelegt.

MÜNCHEN — Etwas ratlos ließ der Bericht des Gesundheits- und Pflegeministeriums zum Skandal in der „Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf“ die Abgeordneten des Gesundheitsausschusses zurück. Bei mehreren Regel- und Anlassprüfungen in dem Seniorenheim konnten die schweren Vorwürfe von Angehörigen und ehemaligen Mitarbeitern „nicht bestätigt“ werden, berichtete Ministerialrätin Swantje Reiserer.

Es muss aber doch so einiges gewesen sein. Im November vergangenen Jahres wurden die Geschäftsführerin und Pflegedienstleiterin wegen des Verdachts des Totschlags durch Unterlassen in mehreren Fällen in Untersuchungshaft genommen. Danach kamen immer neue Details über Gewaltakte, fehlerhafte Versorgung und unterbliebene ärztliche Behandlungen an den Heimbewohnern an die Öffentlichkeit. Anfang 2017 wurde der Haftbefehl gegen die beiden Hauptverantwortlichen des Heimes außer Vollzug gesetzt.

Mängel seien in Gleusdorf in den letzten Jahren immer wieder festgestellt worden, aber nicht in dem Ausmaß, wie es zu den immer noch laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen geführt habe, sagte Reiserer: „Diese Brisanz war

in den Prüfungen nicht festzustellen.“

Der Fall zeige in erschreckender Weise, dass man sich bei der Bewertung solcher Heime weder auf die Angaben im „Pflege-TÜV“ noch auf Kontrollen verlassen könne, sagte der Haßfurter CSU-Abgeordnete Steffen Vogel. Eine hundertprozentige Kontrolle der Pflege in Heimen werde es nicht geben.

Für die SPD, die den Bericht im Gesundheitsausschuss beantragt hatte, forderte deren Abgeordnete **Ruth Waldmann**, die „Kultur des Hinschauens“ in der Pflege zu verbessern.

Ihre Fraktion arbeite an einem entsprechenden Konzept. Dabei werde es auch darum gehen, wie man „Whistleblower“ aus den Reihen des Pflegepersonals besser schützen könne. Die staatliche Heimaufsicht – sie ist in den Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) organisiert – nähmen durchaus anonyme Hinweise entgegen, versicherte Ministerialrätin Reiserer. Auch das Gesundheits- und Pflegeministerium arbeitet daran, Vorschriften zu ändern, um Vorgänge wie in Schloss Gleusdorf zu verhindern.

Bislang hat das FQA nur beratende Funktion – auch wenn wiederholt Män-

gel festgestellt werden. „Hier wäre es denkbar, im Gesetzestext festzuschreiben, dass eine Beratung bei erstmaliger Feststellung des Mangels erfolgt, aber bei wiederholter Feststellung eine Anordnung erfolgen muss – und nicht wie jetzt erfolgen kann“, sagte Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU). Im derzeit gültigen Gesetz sei es alleine der FQA überlassen, wann sie eine Anordnung bei Feststellung eines Mangels erlasse. Ministerin Huml betonte zudem: „Mein Ziel ist zudem, möglichst frühzeitig Informationen über schwerwiegende Vorwürfe gegenüber Pflegeheimen zu bekommen. Deshalb wird der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und auch mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung verbessert.“ Ferner werde geprüft, ob stationäre Einrichtungen künftig eine Betriebserlaubnis brauchen. Schon vor deren Inbetriebnahme würden damit bestimmte Anforderungen und Qualitätskriterien festgelegt, die bei einem Erlaubnisverfahren geprüft werden könnten.

Abbildung:

Nach den Todesfällen in einem Altenheim sollen die Fachaufsichten für Pflegeeinrichtungen bei Mängeln schneller und strenger eingreifen. Der Vorschlag für eine entsprechende Gesetzesänderung wird derzeit vom bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerium erarbeitet. Foto: dpa

Urheberinformation:

© 2017 NÜRNBERGER ZEITUNG